

Anlage 5 – Antrag auf Zuwendung aus der Stadtpauschale

(Name, Vorname des/der AntragsstellerIn)

(Anschrift, Datum)

Stadt Oberhausen
Untere Denkmalbehörde
Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Antrag auf Zuwendung aus der Stadtpauschale der Stadt Oberhausen

Gemäß Denkmalförderprogramm des Landes NRW

Zur Erhaltung oder sinnvollen Nutzung

des Baudenkmal's
(Straße, Hausnummer)

des Gebäudes
(Straße, Hausnummer)

im Denkmalbereich

beantrage ich eine Zuwendung aus der Stadtpauschale der Stadt Oberhausen zur Förderung kleinerer Denkmalpflegemaßnahmen aus dem Denkmalförderprogramm des Landes NRW.

Die Zuwendung beträgt maximal 40 %, bei Kirchen oder Religionsgemeinschaften maximal 30 % der Maßnahmenkosten bis zu einem Höchstförderbetrag von 10.000 €.

Angaben zur Person

Name, Vorname:

Straße, Hausnr.:

PLZ Ort:

Email:

Telefon:

Das Objekt ist im Besitz der Antragstellerin oder des Antragstellers ja nein

Wenn das Objekt nicht im Besitz der Antragstellerin oder des Antragstellers ist:

Eigentümerin / Eigentümer:

Name, Vorname:

Straße, Hausnr.:

PLZ Ort:

Email:

Telefon:

Bankverbindung

Kontoinhaber:

IBAN:

Institut:

Vorsteuerabzugsberechtigung liegt vor ja nein

Angaben zur Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme:

.....
.....
.....
.....

Gesamtkosten laut Kostenvoranschlag €

Sonstige bewilligte oder beantragte Zuschüsse oder Förderungen €

Kostenvoranschlag für denkmalgerechte Ausführung liegt bei wird nachgereicht

Eine denkmalrechtliche Erlaubnis nach § 9 DSchG NRW liegt vor wurde beantragt

Geplanter Durchführungszeitraum

Erklärungen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass

- die in diesem Antrag gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- mit der geplanten Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Inaussichtstellung der Förderung und Erteilung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns auch nicht begonnen wird.
- Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung des Landes NRW (ANBest-P) beachtet werden.
- die Stadt Oberhausen berechtigt ist, einen gewährten Zuschuss zurückzufordern, wenn die Bewilligung aufgrund falscher oder unvollständiger Angaben erfolgt ist. Das Gleiche gilt, wenn die geförderte Maßnahme innerhalb eines Zeitraums von weniger als 10 Jahren zurückgenommen, demontiert, stillgelegt oder anderweitig zweckentfremdet wird.
- die Zuwendungen nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und die Antragstellerin oder der Antragsteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.

.....
(Unterschrift)